

Kaputtsparen ist keine Lösung



Dr. Rudolf Kösters, Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft

„Liebe Leserinnen und Leser,

niemand bestreitet, dass Gesundheit teuer ist – im doppelten Sinne. Doch Kostendruck und Sparzwang allein dürfen nicht die Politik bestimmen. Was passiert, wenn die Regierung ihre Gesundheitsreform durchsetzt? Dann wird sich der hohe Standard der medizinischen Versorgung in Deutschland nicht mehr halten können. Stattdessen drohen längere Wartezeiten, Billigmedizin und das bei deutlich höheren Beiträgen. Die persönliche Betreuung gerät in Gefahr, wenn sich die ökonomischen Zwänge weiter verschärfen. Es darf aber nicht sein, dass Entscheidungen im Krankenhaus, die die Patienten betreffen, mehr und mehr von wirtschaftlichen Zielen überlagert werden. Die Finanzprobleme des Gesundheitssystems sind nicht mit einseitigen Spargesetzen zu lösen. Ob Innovationen den Patienten dann noch zeitnah zur Verfügung gestellt werden können, muss bezweifelt werden. Die Krankenhäuser werden weiter gegen die ungerechtfertigte Zwangsabgabe von 500 Mio. Euro und gegen die Verstaatlichungstendenzen eintreten: Eine Gesundheitsreform auf Kosten der Krankenhäuser und der Patienten rettet unser Gesundheitssystem nicht. Die Politik muss den Kliniken vernünftige Rahmenbedingungen bieten und nicht planlos kürzen.“

www.kliniken-in-not.de

500 Mio. Euro Kürzung bei Kliniken nicht verkraftbar

Was die Politik als Gesundheitsreform vorgelegt hat, ist in erster Linie ein Formelkompromiss, bei dem Kostendämpfungsmaßnahmen die notwendigen Strukturreformen dominieren.

Insgesamt ist ein deutlicher Trend hin zu einer weiteren Verstaatlichung des Gesundheitswesens fest zu stellen. So sollen etwa bei der Zulassung von innovativen Verfahren künftig hauptamtliche Mitglieder des Gemeinsamen Bundesausschusses entscheiden. Das Herzstück der Gesundheitsreform – der Gesundheitsfonds – löst indes nicht die Einnahmeprobleme der gesetzlichen Krankenkassen (GKV). Statt die Finanzierungsbasis der GKV um andere Einkunftsarten bzw. Versichertengruppen zu verbreitern, hält der Fonds am Arbeitseinkommen als alleinige Einkommensquelle fest. Gleichzeitig kürzt die Bundesregierung die Zuschüsse an die GKV aus den Tabaksteuer-einnahmen. Hier wird also allen Beteiligten – Kassen, Krankenhäusern und Versicherten – das Wasser abgegraben. Weniger Einnahmen bei den Kliniken können nur über Leistungskürzungen ausgeglichen werden. Verlierer sind am Ende die Patienten: Ihnen wird eine Rationierungsmedizin zugemutet, für die sie auch noch mehr bezahlen sollen. Zudem will die Bundesregierung ausschließlich den Krankenhäusern eine Zwangsabgabe von 500 Millionen Euro auferlegen. Jede Klinik müsste durchschnittlich 250.000 Euro einsparen – damit wären jeweils Stellen für 5 Ärzte oder 8 Pflegekräfte gefährdet.

Gesundheitsreform schafft „kranke Häuser“ statt Krankenhäuser



Künftig mehr Stress – weniger Zuwendung

Dabei ist die wirtschaftliche Lage der Kliniken bereits so dramatisch wie nie zuvor. Angesichts massiver Budgetkürzungen in den letzten Jahren, explodierender Personalkosten und geplanter Mehrwertsteuererhöhung befinden sich viele der 2.137 Krankenhäuser bereits heute in einer schwierigen finanziellen Lage. Die Politik will die Kliniken zwingen, die Mehrkosten aus eigenen Mitteln auf zu bringen. Gleichzeitig dürfen die Einnahmen der Krankenhäuser per Gesetz praktisch nicht steigen. Dies ist unverantwortlich. Die „Sparzitrone Krankenhaus“ ist längst ausgepresst! Fest steht: Die Kliniken können keinen Beitrag zur Sanierung der Krankenkassen leisten – viele sind selbst sanierungsbedürftig.

Unsere Forderungen:

- 1. 500 Mio. Euro Kürzung bei Krankenhäusern stoppen**
- 2. Innovationen für Patienten nicht von staatlichen Eingriffen abhängig machen**

GESUNDHEITSWESEN DROHT VERSTAATLICHUNG

Das Gesundheitswesen in Deutschland zeichnet sich bisher durch seine staatsferne Organisation aus. Es wird durch demokratische gewählte Vertreter von Versicherten, Arbeitgebern und Leistungserbringern gesteuert.

Mit der Gesundheitsreform soll diese bewährte Selbstverwaltung weitgehend ihrer Kompetenzen beraubt werden. Lösungen sollen nicht mehr auf dem Verhandlungsweg gefunden, sondern staatlich vorgegeben oder durch Vereinheitlichung auf Bundesebene festgelegt werden. So sollen künftig hauptamtlich

Berufene über komplizierte Sachfragen – etwa bei der Transplantationsmedizin – entscheiden. Gleichzeitig werden Zahnärzte künftig über hoch komplexe Krankenhausleistungen wie die Stammzelltransplantation, Psychologen über Amalgamfüllungen und hoch qualifizierte Krankenhausexperten über Familienplanung beraten. Die Folgen: Überregulierung, Bürokratie und Zuteilungsmedizin. Die Krankenhäuser fordern stattdessen die bisher an den individuellen Bedürfnissen der Menschen orientierte Versorgung zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Künftig Patienten im Abseits

Die Leistungsfähigkeit in der Patientenversorgung und die optimale Abstimmung der Behandlungsabläufe stehen für die Krankenhäuser an erster Stelle.

Die Patienten erwarten zu Recht, dass sie nach neuestem Stand der Forschung mit modernsten medizinisch-technischen Geräten behandelt werden. Dafür setzen sich die 2.137 Kliniken in Deutschland mit ihren 1,1 Millionen Mitarbeitern ein – Tag für Tag, rund um die Uhr. Das Vertrauen der Menschen in das Gesundheitssystem ist ein hohes Gut. Mit der Gesundheitsreform setzt die Bundesregierung dieses Vertrauen aufs Spiel. Der Patient wird ins Abseits gedrängt. Die willkürliche Kürzung der Krankenhausbudgets in Höhe von 500 Millionen Euro ebnet den Weg in die Bil-

ligmedizin. Es drohen Wartelisten und empfindliche Kürzungen von Leistungen für Patienten. Medizinische Versorgung nach Kassenlage? Das darf nicht sein! Daher appellieren die Krankenhäuser an die Politik: Der Mensch ist der Maßstab – nicht die Finanzsituation. Alle Patienten müssen auch in Zukunft erstklassig versorgt werden. Die Politik muss hierfür vernünftige Rahmenbedingungen bieten. Die Kliniken dürfen nicht zu Lasten der Patienten mit einer planlosen Gesundheitsreform kaputt gespart werden.



STANDPUNKTE



„Schon jetzt müssen Krankenhäuser mit Einverständnis der Mitarbeiter immer häufiger Notagentarifverträge abschließen. Weitere

500 Millionen Euro Kürzungen durch die Gesundheitsreform sind nicht mehr verkraftbar. Die flächendeckende und hochwertige Krankenhausversorgung in Deutschland hängt am seidenen Faden.“

Peter Krappmann, Vorstand Klinikum Fürth



„Die Patienten brauchen Zuwendung. Wenn jedoch immer weiter am Personal gespart wird, können wir uns noch weniger um die

Patienten kümmern. Ich habe aber diesen Beruf gewählt, um Menschen zu helfen.“

Yvonne Bröder, Gesundheits- und Krankenpflegerin, Stationsleiterin, St. Christophorus-Krankenhaus Werne



„Die Gesundheitsreform macht mir Angst. Ich glaube nicht, dass ich künftig noch alle derzeitigen Krankenhausleistungen in

Anspruch nehmen kann.“

Doris Köhler*, Patientin, Kiel



„Die Patienten erwarten von uns, dass wir sie individuell nach neuestem Wissen und Qualitätsstandard behandeln. Es kann doch wohl nicht angehen, dass die Finanzlage der Kassen darüber entscheidet, ob ein Patient sofort behandelt wird oder auf die Warteliste kommt.“

Klaus Westmeyer, Oberarzt, Unfallchirurgie DRK-Kliniken Westend, Berlin



„Meine Freunde aus dem Ausland beneiden mich um unsere Krankenhausversorgung. Ich bezweifle, dass dies nach der Gesundheitsreform

auch noch so sein wird.“

Wolfgang Schmittmann*, Patient, Magdeburg

Impressum

V.i.S.d.P. Georg Baum, Hauptgeschäftsführer Deutsche Krankenhausgesellschaft e.V., Wegelystraße 3, 10623 Berlin

Innovationen im Krankenhaus auf der Kippe

Die Krankenhäuser sind die tragende Säule des medizinischen Fortschritts. Sie sind Motor für die Einführung von Innovationen und Triebfeder für Forschung und Entwicklung neuer Behandlungsmethoden. Sie stellen sicher, dass alle Menschen einkommensunabhängig Zugang zu komplexen medizinischen Leistungen auf internationalem Spitzenniveau erhalten. Mehr als 17 Millionen Patienten profitieren davon Jahr für Jahr. Hochwirksame Therapien, aufwändige Operationen und moderne Medikamente ermöglichen



heute vielen Menschen ein beschwerdefreies Leben. Doch der medizinische Fortschritt und die Einsteuerung von Innovationen in die Krankenhausversorgung sind in Gefahr. Schon heute werden viele innovative Verfahren den Patienten vorenthalten, weil die Krankenkassen nicht zahlen. Wenn die Krankenhausversorgung nun noch weiter staatlich reguliert wird, steht der medizinische Fortschritt auf der Kippe. Leistungskürzungen und der Weg in die Rationierungsmedizin sind damit vorgezeichnet.

Mehr Last für Krankenhäuser geht nicht

Noch nie war die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser in Deutschland so schlecht wie heute. Die Hälfte der 2.137 Kliniken schreibt heute rote Zahlen. Dem Kostendruck durch steigende Gehälter und gesetzliche Vorgaben können viele Einrichtungen kaum mehr standhalten. Was die Gesundheitspolitik den Kliniken jetzt noch zusätzlich aufbürden will, bringt das Fass zum Überlaufen. Gerade für Patienten auf dem Lande wird eine wohnortnahe, hochwertige Krankenhausversorgung keine Selbstverständlichkeit mehr sein. Daher fordern die Kliniken, zusätzliche Belastungen zurück zu nehmen.



„Die Kürzungen bei den Kliniken sind schon deshalb nicht mehr zu rechtfertigen, weil sich die jetzige Haushaltslage des Bundes wesentlich besser darstellt als zum Zeitpunkt der Planung der Gesundheitsreform. Die Kürzungen der Steuermittel für die GKV müssen daher vollständig zurück genommen werden.“

Georg Baum, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft

Die Liste der Belastungen ist lang genug:

Gesetzlich- und tarifbedingte Kosten- und Ausgabensteigerungen:

- 1,5 Mrd. Euro (TVöD-Umstellung, Tarifierhöhungen für Klinikärzte)
- 1,3 Mrd. Euro (erwartete Mehrkosten durch Änderung Arbeitszeitgesetz)
- 500 Mio. Euro (gesetzliche Vorgaben Abschaffung AiP, Pflegeausbildung, DRG-Systemkosten)
- 500 Mio. Euro (Mehrwertsteuererhöhung ab 2007)
- 1 Mrd. Euro (durch gesetzliche Auflagen wie Naturalrabattverbot, steigende Anforderungen an Qualitätssicherung, sicherheitstechnische Auflagen)



Das leisten die Krankenhäuser:

- + 24-Stunden-Notfallversorgung
- + wohnortnahe Behandlung
- + Zuwendung zum Patienten
- + zeitnahe medizinische Versorgung
- + Hochleistungsmedizin auf neuestem Stand



Das droht durch die Gesundheitsreform:

- eingeschränkte Notfallbehandlung
- weite Anfahrtswege
- gestresstes Personal – weniger Fürsorge
- Wartelisten wie in anderen Ländern
- Überalterung der medizintechnischen Ausstattung